

SITZUNG VOM

2. November 2020

PROTOKOLL

der 14. Sitzung

Vorsitz: Präsident Eric Welter

Mitglieder: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Thomas Edel (Geschäft)
Haci Sari (Krankheit)

Protokoll: Ratssekretärin Sara Schöni

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Zeit: 19:00 Uhr - 20:20 Uhr

TRAKTANDIERTE GESCHÄFTE:

1. Mitteilungen
 2. Protokoll der 13. Sitzung vom 6. Juli 2020
 3. Präsentation des Stadtrates zum Regierungsprogramm
 4. Postulat Thomas Wepf (SP) und Mitunterzeichnende "Wohnen für alle - Für mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume" - Begründung
 5. Motion Ulrich Weidmann (SVP) Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg - Überweisung
 6. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission 2018/2022
 7. KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit, Erhöhung des Dotationskapitals
 8. Strassensanierung und Neubau Fuss- und Radweg Klotenerstrasse Genehmigung der Projektänderung und Kreditbewilligung der öffentlichen Beleuchtung
 9. Stellenbedarf Stadtverwaltung Antrag und Festsetzung eines Stellendachses 2020-2024
-

1. Mitteilungen**0.5.0**

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass eine Maskenpflicht gilt und welche Corona-Massnahmen im Rat eingehalten werden müssen. Parlamentssitzungen sind vom Versammlungsverbot ausgenommen.

1.1 Kleine Anfrage Urban Husi (SVP) "Eröffnung Aussenbad erst in Sommersaison 2021" - Bekanntgabe **3.2.4**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Urban Husi (SVP) betreffend "Eröffnung Aussenbad erst in Sommersaison 2021". Die Kleine Anfrage ist gemäss Art. 49 der Geschäftsordnung Gemeinderat durch den Stadtrat innert zwei Monaten nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

1.2 Kleine Anfrage Thomas Wepf (SP) "Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria" - Bekanntgabe **5.5.0**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Thomas Wepf (SP) betreffend "Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Lager Moria". Die Kleine Anfrage ist gemäss Art. 49 der Geschäftsordnung Gemeinderat durch den Stadtrat innert zwei Monaten nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

1.3 Kleine Anfrage Robin Pekerman (SP) "Kündigungen von Lehrpersonal" - Bekanntgabe **9.2.0**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Robin Pekerman (SP) betreffend "Kündigungen von Lehrpersonal". Die Kleine Anfrage ist gemäss Art. 49 der Geschäftsordnung Gemeinderat durch den Stadtrat innert zwei Monaten nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

Der Ratspräsident verliest Wichtiges aus der eingegangenen Post, die in der Sitzungsvorbereitung einsehbar war.

- SR-Beschluss Sitzungstermine Stadtrat 2021
- SR-Beschluss Hochrechnung 2020 per Ende Mai
- SR-Beschluss Kommunale Volksinitiative "Für eine wirksame Klimapolitik" (Klimainitiative) - Feststellung über das Zustandekommen
- SR-Beschluss "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse" Motion Ulrich Weidmann (SVP) / Umwandlung von Motion in Postulat - Entgegennahme
- SR-Beschluss Zweckverband Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG) Totalrevision der Zweckverbandsstatuten Stellungnahme
- SR-Beschluss Sanierung, Cherstrasse Strassensanierung, Kanalisation, Beleuchtung Projektfestsetzung inkl. Beilage
- GR-Antrag Budget 2021 der Stadt Opfikon und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes
- SR-Beschluss Verordnung Gemeindezuschüsse, Revision per 1. Januar 2020
- GR-Antrag Verordnung Gemeindezuschüsse, Revision per 1. Januar 2020
- SR-Beschluss Volksinitiative Für eine wirksame Klimapolitik (Klimainitiative)



- GR-Antrag Volksinitiative Für eine wirksame Klimapolitik (Klimainitiative)
- SR-Beschluss Revision Gemeindeordnung
- GR-Antrag Revision Gemeindeordnung
- SR-Beschluss Finanzplan 2020 - 2024 Genehmigung
- SR-Beschluss Wahlbüro 2018 - 2022 Ersatzwahl Elisabeth Wüst
- SPF-Beschluss Legislatur 2018 - 2022 Ergänzungskonstituierung
- SPF-Beschluss Schulraumbedarfsplanung 2020 (Planpartner) & Schulraumplanung
- Bericht SPF Schulraumbedarfsplanung 2020
- Bericht SPF Schulraumplanung - Aktualisierung 2019/20
- Büro-Beschluss Parlamentarische Vorstösse 19-10-2020
- Büro-Verfügung Präsidiale Zuweisung Revision Gemeindeordnung
- Büro-Verfügung Präsidiale Zuweisungen 01-10-2020
- Protokoll Büro Gemeinderat 14-09-2020
- Protokoll Büro Gemeinderat 19-10-2020
- Büro-Beschluss Sitzungsdaten Gemeinderat und Büro Gemeinderat 2021

2. Protokoll der 13. Sitzung vom 6. Juli 2020

0.5.0

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Präsentation des Stadtrates zum Regierungsprogramm

0.5.0

Der Ratspräsident erteilt dem Stadtpräsidenten Paul Remund das Wort für die Information über das Regierungsprogramm 2018 - 2022.

4. Postulat Thomas Wepf (SP) und Mituntertz "Wohnen für alle - Für mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume" - Begründung

6.1.0

Postulant Thomas Wepf (SP) begründet im Rat sein Postulat.

Bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume sind in Opfikon wie in der ganzen Agglomeration Zürich ein knappes Gut. Die Mieten steigen mit jedem Mieterwechsel und nach jedem Umbau. Neue Wohnungen unter CHF 3'000 sind kaum zu finden. Für Familien mit Kindern, ältere Menschen, Leute mit tiefem Einkommen, Alleinerziehende, auf Sozialunterstützung oder Renten Angewiesene ist es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Der gemeinnützige Wohnungsbau ist in Opfikon mit knapp 600 Wohnungen im Vergleich zu anderen Städten im Kanton oder auch mit dem Schweizer Durchschnitt deutlich untervertreten. Es braucht in Opfikon also dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Wohnungen insbesondere nach dem Prinzip der Kostenmiete, wie solche von Baugenossenschaften oder der öffentlichen Hand angeboten werden können.

Die Stadt muss aktiv werden und den Anteil erhöhen. Im Postulatstext sind Möglichkeiten erwähnt. Der Stadtrat wird gebeten, auf städtischem Gebiet neuen Wohnraum zu schaffen. Er hofft auf eine Annahme dieses Postulates durch den Stadtrat.

Der Ratspräsident erläutert, dass der Stadtrat gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung des Gemeinderates bis zur darauffolgenden Sitzung zu erklären hat, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen.

5. Motion Ulrich Weidmann (SVP) "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg" - Überweisung 1.8.4.4

Der Stadtpräsident Paul Remund erläutert den Stadtratsantrag. Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme der Motion "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg" von Ulrich Weidmann ab. Der Stadtrat beantragt die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Einer Entgegennahme als Postulat würde er zustimmen. Der Stadtrat erachtet eine Temporeduktion als ein wichtiges Thema. Es gelte aber zu beachten, dass die Temporeduktion auch durch die Kantonale Fachstelle, die Kantonspolizei Zürich, zu prüfen sei. Er bittet den Gemeinderat den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Postulat mit einem Prüfungsantrag an den Stadtrat zu überweisen.

Motionär Ulrich Weidmann ist mit diesem Vorschlag einverstanden und wandelt daher seine Motion in ein Postulat um. Er dankt für die Behandlung.

Kevin Husi-Fiechter (JBL SVP) ergreift das Wort. Die Einführung weitreichender Geschwindigkeitsbeschränkungen bedeute eine massive Einschränkung für Bürgerinnen und Bürger. Tempo-30-Zonen müssen zweckmässig abgegrenzt werden. Es wird als nicht zielführend betrachtet, einer stillen Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf dem Stadtgebiet zuzustimmen. Aus diesem Grund erachtet die Mehrheit der SVP-Fraktion Tempo 30 als Schikane gegenüber dem Individualverkehr, welche für mehr Unachtsamkeit und für eine falsche Sicherheit Sorge. Das Postulat lehne die SVP-Fraktion daher ab.

Cirillo Pante (FDP) erläutert die Meinung der FDP-Fraktion. Das erwähnte Stadtgebiet sei nicht "dicht bewohnt". Auch ein sicherer Schulweg sei nicht mit einer Tempo-30-Zone verbunden. Als verantwortlicher Automobilist fahre man auch so in dieser Gegend sicher und vorausschauend. Zudem habe es in diesem Gebiet in den letzten Jahren keine nennenswerten Unfälle gegeben.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung.

Die Überweisung des Postulates von Ulrich Weidmann (SVP) "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg" wird mit 17:16 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

5. Postulat Ulrich Weidmann (SVP) "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg" - Überweisung 1.8.4.4
-

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 18. August 2020, Art. 45 der Geschäftsordnung Gemeinderat und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Das Postulat von Ulrich Weidmann (SVP) "Tempo 30 Km/h an der Zun-, Oberhauser- und Giebeleichstrasse in Glattbrugg" wird an den Stadtrat überwiesen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Ulrich Weidmann
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter Bau und Infrastruktur
 - Ratssekretärin (Terminkontrolle)

6. Ersatzwahl eines GPK-Mitgliedes 2018/2020

0.5.0

Aufgrund des Rücktritts von Anna Merz aus der Geschäftsprüfungskommission ist ein neues GPK-Mitglied zu bestimmen.

Der IFK-Präsident Tobias Honold erläutert das Geschäft.

Antrag

Die interfraktionelle Konferenz beantragt dem Gemeinderat einstimmig, Björn Blaser (FDP), Wallisellerstrasse 161, 8152 Opfikon, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zu wählen.

Es folgen keine Wortmeldungen aus dem Rat. Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung.

Björn Blaser wird mit 33:0 Stimmen bei einer Enthaltung als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2018/2022 gewählt.

Urban Husi, GPK-Präsident, dankt Anna Merz im Namen der ganzen Geschäftsprüfungskommission für die angenehme Zusammenarbeit. Er erläutert die Aufgaben der GPK. Leider verliere die GPK mit dem Rücktritt von Anna Merz unter anderem ihr juristisches Know-how sowie die einzige Frau, gewinne aber mit Björn Blaser einen "alten Fuchs", welcher bereits seit 2011 im Gemeinderat ist,



dazu. Urban Husi überreicht Anna Merz als Wertschätzung für ihre wertvolle Arbeit ein Geschenk.

Mitteilung durch den Protokollauszug an:

- Björn Blaser
- Stadtrat
- Stadtkanzlei
- Lohnbuchhaltung

7. KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit, Erhöhung des Dotationskapitals 4.2.2.1

Benjamin Baumgartner, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit Grundlagen.

Die Gemeinden im Kanton Zürich sind gesetzlich verpflichtet, die Pflegeversorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen. Das KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit erbringt einen Teil der Leistungen für 20 Trägergemeinden im Bezirk Bülach und Dielsdorf. Das KZU hat seine operative Tätigkeit am 1. Januar 2011 aufgenommen. 2017 wurde eine umfassende Zustandsanalyse an allen noch nicht sanierten Liegenschaften durchgeführt. Um die daraus resultierenden werterhaltenden und energetischen Massnahmen zu finanzieren, soll das Dotationskapital anteilmässig durch die Trägergemeinden bis 2028 um CHF 16.7 Mio. erhöht werden.

Die RPK hat alle eingeforderten Unterlagen mit dem Fokus auf die sachliche und finanzielle Zweckmässigkeit sowie der Notwendigkeit des weiteren Verbleibs in der Interkommunalen Anstalt geprüft und ist der Meinung, dass zur Erfüllung der mittelfristigen Ziele der "Strategie Altersversorgung 2020" sowie des "Versorgungskonzept" der Stadt Opfikon ein weiterer Verbleib gerechtfertigt ist, die langfristige Strategie der Stadt Opfikon aber überdenkt werden sollte.

Antrag

Die RPK beantragt dem Gemeinderat mit 5:0 Stimmen, dem Geschäft zuhanden der Urnenabstimmung zuzustimmen.

Jörg Mäder dankt der RPK für die schnelle Behandlung dieses Geschäfts. Er schätzt die Zusammenarbeit mit dem KZU. Wir haben das Alterszentrum Gibeleich, seien aber trotzdem sehr auf eine Zusammenarbeit angewiesen. Einer Organisation, welche keinen Gewinn generieren soll, fehlt das Eigenkapital. Dieses soll bei den Gemeinden abgeholt werden. Eine Einstimmigkeit der Gemeinden bei der Urnenabstimmung ist zwingend, ansonsten können keine Anpassungen vorgenommen werden. Jörg Mäder bittet den Rat, für die KZU auch bei anderen Gemeinden ein gutes Wort einzulegen und dem Antrag zuzustimmen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung.



Zuhanden der Urnenabstimmung wird der Dotationskapitalerhöhung für das KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit von CHF 16'741'000 und der damit verbundenen Anpassung des Anstaltsvertrags einstimmig mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

7. KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit, Erhöhung des Dotationskapitals 4.2.2.1

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 7. Juli 2020 und Art. 36, Ziff. 2 der Gemeindeordnung

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Zuhanden der Urnenabstimmung wird der Dotationskapitalerhöhung für das KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit von CHF 16'741'000 und der damit verbundenen Anpassung des Anstaltsvertrags zugestimmt.
 2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - KZU Kompetenzzentrum Pflege und Gesundheit, Römerweg 51, 8424 Embrach
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
- 8. Strassensanierung und Neubau Fuss- und Radweg Klotenerstrasse
Genehmigung der Projektänderung und Kreditbewilligung der öffentlichen Beleuchtung 6.3.2.1**

Benjamin Baumgartner, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Strassensanierung und Neubau Fuss- und Radweg Klotenerstrasse Genehmigung der Projektänderung und Kreditbewilligung der öffentlichen Beleuchtung.

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 1. Juli 2019 dem Bauprojekt und Kredit der Strassensanierung sowie dem Neubau Fuss- und Radweg Klotenerstrasse zugestimmt.

Das Tiefbauamt des Kantons Zürich bestätigte mit dem Schreiben vom 25. Oktober 2019 die Kostenübernahme des Tiefbauprojekts im Betrag von CHF 365'000 exkl. MWST. Der Anteil Beleuchtung im Betrag von CHF 70'000 exkl. MWST wurde nicht gutgesprochen, da gemäss dem gültigen kantonalen Beleuchtungsreglement Gebiete, welche in einer Innerortszone liegen, die nicht überbaut oder als schwach besiedelt gelten, generell nicht beleuchtet werden.

An der Sitzung vom 28. Januar 2020 hat der Stadtrat über die Ablehnung der



Kosten der öffentlichen Beleuchtung durch den Kanton beraten und ist zum Entschluss gekommen, dem Gemeinderat einen zusätzlichen Kredit für eine Teilbeleuchtung zu beantragen. Die Beleuchtung soll aufgrund der ungenügenden Lichtverhältnisse aus Sicherheitsgründen trotzdem in einem Teilabschnitt erstellt werden. Neu soll der Teilabschnitt im Bereich Brännli bis Einmündung Parkplatz Hauächer, Abzweigung Veloweg beleuchtet werden, anstelle des ganzen Fuss- und Radweges entlang der Klotenerstrasse.

Die RPK hat alle eingeforderten Unterlagen mit dem Fokus auf die sachliche und finanzielle Zweckmässigkeit sowie der rechnerischen Richtigkeit geprüft und ist der Meinung, dass sich der Stadtrat für die Variante mit dem besten Kosten-/Nutzenverhältnis entschieden hat. Die RPK kann jedoch nicht abschliessend nachvollziehen, weshalb es nicht früher absehbar war, dass das Tiefbauamt des Kantons Zürich die Kosten für die Beleuchtung nicht übernehmen wird. Ein solch intransparentes Verhalten durch den Kanton stelle eine sehr unbefriedigende Situation dar.

Antrag

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat mit 4:0 Stimmen dem Geschäft zuzustimmen.

Der Bauvorstand, Bruno Maurer, dankt der RPK für die wohlwollende Behandlung dieses Geschäftes. Das Vorgehen hatte auch beim Kanton Konsequenzen und eine Umstrukturierung zur Folge. Solche Angelegenheiten werden neu von der Baudirektion behandelt.

Ulrich Weidmann (SVP) ergreift das Wort. Er möchte wissen, ob es eine Tempo-80-Strecke bleibe.

Bruno Maurer beantwortet seine Frage. Es sei noch unklar, aber allenfalls könne das Tempolimit auf 60 km/h reduziert werden.

Benjamin Baumgartner fügt an, dass die Temporeduktion auch von der RPK behandelt worden sei. Dieses Anliegen wurde auch mit dem Stadtrat besprochen. Auch die RPK könne nicht genau sagen, wie das Tempo schlussendlich festgelegt werden wird.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung.

Dem Objektbaukredit und der Projektänderung werden einstimmig mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

8. Strassensanierung und Neubau Fuss- und Radweg Klotenerstrasse Genehmigung der Projektänderung und Kreditbewilligung der öffentlichen Beleuchtung 6.3.2.1

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 18. August 2020, Art. 35, Ziff. 4 der Gemeindeordnung und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Die Projektänderung betreffend der Fuss- und Radwegbeleuchtung der zu sanierenden Klotenerstrasse wird im Teilabschnitt Brännli bis Einmündung Parkplatz Hauächer, Abzweigung Veloweg genehmigt.
2. Für die Fuss- und Radwegbeleuchtungen wird ein Objektkredit im Betrag von CHF 55'000 inkl. MWST, zu Lasten Konto-Nr. 205.5010.004, bewilligt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzen und Liegenschaften

9. Stellenbedarf Stadtverwaltung Antrag und Festsetzung eines Stellendaches 2020-2024 **9.2.1.1**

Andreas Baumgartner, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Stellenbedarf Stadtverwaltung Antrag auf Festsetzung eines Stellendaches 2020-2024.

Mit Beschluss vom 1. Juli 2013 genehmigte der Gemeinderat eine Erhöhung des Stellendachs um 18 Stellen. Dies sind 8.25 Stellen weniger, als der Stadtrat beantragt hatte. Dieser Beschluss hatte eine Gültigkeit von 5 Jahren bis zum 1. Juli 2018.

Als Grundlage für den Stellenbedarf der Stadtverwaltung wurde eine neue Expertise der Federas erarbeitet. Aus dieser Expertise geht hervor, dass in den nächsten 4 Jahren 30 zusätzliche Stellen benötigt werden. Dieser Bedarf wurde in der GPK ausführlich während mehreren Sitzungen diskutiert. Es wurden auch Fraktionsmeinungen eingeholt. Die Kommission kam zum Entschluss, dem Gemeinderat das folgende Stellendach von 24.9 Stellen zu beantragen:

- Präsidialabteilung (Verwaltungsstab) inklusive früherer Gesundheitsabteilung inklusive Stadtbibliothek: 2.5 Stellen
- Bevölkerungsdienste: 5.7 Stellen
- Sozialabteilung: 4.4 Stellen
- Finanzabteilung: 3.1 Stellen
- Bau und Infrastruktur: 2.7 Stellen
- Schule (ohne Lehrpersonal, ohne Musikschule): 3.0 Stellen
- Betreibungs- und Stadtammannamt: 1.4 Stellen
- Gesellschaft: 2.1 Stellen

Urban Husi, Präsident-GPK, stellt den Minderheitsantrag vor. Er dankt dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden für die Zusammenarbeit. Er weist darauf hin, dass der Stadtrat seinen Antrag nach neuen Stellen zu spät an den Gemeinderat gestellt habe. Dass die damals reduzierten Stellen sogar 8 Jahre gehalten haben, belege, dass die Federas Expertise falsch sei. Zudem zeige es,



dass das Konstrukt Stellendach, einen reinen Blick in die Glaskugel darstelle. Die damals reduzierten Stellen reichen bis jetzt aus.

Er wendet noch ein paar Worte an den Stadtrat. Der Stadtpräsident sei leider nicht bereit dazu gewesen, Zugeständnisse zu machen, dass die Abteilungen auf ihre Effizienz hin von einem externen Unternehmen auf Verbesserungen zu prüfen sind, um Kosten zu senken. Die Zufriedenheit und Gesundheit der Arbeitnehmenden werden durch nicht effiziente Abläufe oder fehlende Strukturen und mangelnder Führungskompetenzen beeinträchtigt. Bei dieser Nichtbereitschaft handle es sich um eine teure Selbstüberschätzung. Zwei Beispiele, bei denen der Stadtrat die nötigen Massnahmen nicht sehe oder gesehen habe, seien zum einen die Fluktuationsrate in der Sozialabteilung, zum anderen die Überbelastung des Betriebsamtes, welche bereits durch das Betriebsinspektorat bemängelt worden sei. Die GPK-Minderheit wird den Antrag 1 der GPK ablehnen, jedoch dem Antrag 2 und 3 zustimmen, sollte der Antrag 1 angenommen werden.

Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat mit 3:2 Stimmen (bei 2 Abwesenheiten):

1. In Abänderung zum Antrag des Stadtrats (+30 Stellen) beantragt die GPK eine Erhöhung um 24.9 Stellen. Die Aufteilung der Stellen nimmt der Stadtrat vor.
2. Die Stellenerhöhung hat Gültigkeit für 4 Jahre.

Minderheitsantrag

3. Der Stadtrat wird beauftragt, die Geschäftsprüfungskommission jeweils per Jahresmitte mit einem jährlichen Reporting über den Einsatz von neuen Personal-Ressourcen zu informieren. Dieses Reporting enthält folgende Informationen:
 - Hauptgründe / Sachzwänge, die zu den Stellenbesetzungen führten,
 - Anforderungsprofile, Einstufung, Mehrkosten inkl. Sozialleistung,
 - Umsetzung von begleitenden Massnahmen im Sinne der GPK.

Stefan Laux, GPK-Mitglied, ergreift das Wort. Dass das Stellendach länger gereicht habe, weise darauf hin, dass der Stadtrat die Stellen sorgfältig verteilt habe. Die Detailbehandlungen seien komplex gewesen. Es müsse jedoch zwischen der Legislative und der Exekutive unterscheiden werden und gewisse Aufgaben stünden nun einmal der Exekutive zu. Er und seine Fraktion werden dem Antrag der GPK zustimmen.

Sven Gretler, GPK-Mitglied, erläutert, dass auch die SP-Fraktion hinter dem Antrag stehe. Er schätze es, dass der Stadtrat mit der Stellenbesetzung aktuell nicht bis ans Limit gehe und das Stellendach nicht voll ausschöpfe. Er unterstütze Verbesserungsmassnahmen und den Vorschlag der Federas. Es gebe aber auch Grenzen für Effizienz. Man dürfe nicht zu wenig Personal einsetzen, sodass eine Überforderung entstehe. Eine Ablehnung oder weitere Senkungen seien sinnlos. Er bittet darum, dem Antrag der GPK zuzustimmen.

Reto Bolliger, GPK-Mitglied, teilt die Meinung seiner Vorredner.

Der Stadtratspräsident, Paul Remund, dankt der GPK für die genaue Bearbeitung. Wie beim letzten Mal sei die Federas beigezogen worden. Er möchte sich auf diese Expertise verlassen können. Das bisherige Stellendach ist zeitlich nicht ausgeschöpft worden, da neue Stellen sorgfältig geschaffen worden seien. Der Stadtrat würde sich über 30 Stellen freuen, dankt aber auch für eine Genehmigung mit reduzierten Zahlen.

Urban Husi (SVP) äussert sich erneut. Man spreche hier und jetzt von einer Mehrbelastung von rund CHF 200'000. Das Wachstum der Stadt Opfikon sei inzwischen fast abgeschlossen. Effizienzsteigernde Massnahmen innerhalb der Stadtverwaltung fehlen hingegen. Vor 2012, vor dem ersten Stellendach, wurden die Stellen vom Gemeinderat wohlwollend und zumeist positiv behandelt. Die Stadtverwaltung habe eher träge Betriebsabläufe, so erscheine es total unklar, weshalb auf eine neue Stelle nicht ca. 3 Monate gewartet werden könne. Der Stellenbedarf könnte auch problemlos gebündelt dem Gemeinderat vorgelegt werden. Ebenso ist es dem Stadtrat im Einzelfall jederzeit möglich, ohne Gemeinderatsentscheid, eine befristete Stelle zu schaffen. Das Volk hat diese Kompetenz dem Gemeinderat gegeben. Es könne doch nicht sein, dass der Gemeinderat vor lauter Faulheit dies einfach dem Stadtrat überlasse. Es finden bereits schon so kaum mehr Gemeinderatssitzungen statt, diese Entwicklung sei schlecht. Die SVP-Fraktion werde das Stellendach ablehnen.

Sven Gretler ergänzt, dass er ehrlich zugeben kann, dass er "zu faul" sei alle Stellen zu bewilligen und er auch kein Micromanagement machen wolle. Er glaubt auch, dass der Gemeinderat nicht kompetent genug sei, alle Stellen zu prüfen und zu bewilligen. Das Stellendach sei somit wichtig. Aufgrund der aktuellen Sitzungskadenz sei es nicht möglich, schnell über eine neue Stelle entscheiden zu können.

Alex Rüegg (CVP) wird dem Stellendach ebenfalls zustimmen. Er möchte dem Stadtrat die Möglichkeit geben, selbständig Stellen zu besetzen. Der Stadtrat habe gezeigt, dass er mit diesem Instrument weise umgehe. Er ist überzeugt, dass er dies auch inskünftig tun wird.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ratspräsident schreitet zur Abstimmung.

Dem Antrag der GPK für 24.9 Stellen in 4 Jahren wird mit 26:8 Stimmen zugestimmt.

Der Antrag des Stadtrates für 30 Stellen in 5 Jahren wird mit 1:28 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Der Minderheitsantrag Reporting wird mit 12:20 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Das Stellendach wird somit mit 24.9 Stellen über 4 Jahre genehmigt.

9. Stellenbedarf Stadtverwaltung Antrag und Festsetzung eines Stellendaches 2020-2024 9.2.1.1

SITZUNG VOM

2. November 2020

Gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 1. Oktober 2019, den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Oktober 2020, Art. 36, Ziff. 5 der Gemeindeordnung und die Diskussion im Rat

BESCHLIESST DER GEMEINDERAT

1. Die Erhöhung des Stellendaches der Stadtverwaltung um 24.9 Stellen wird bewilligt.
2. Die Stellenerhöhung hat für 4 Jahre ab Beschluss des Gemeinderates Gültigkeit.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleitende
 - Lohnbuchhaltung
 - Personalverantwortliche

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Der Ratspräsident macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 19 bis 22 des Verwaltungsverfahrensgesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 4. November 2020

Für richtiges Protokoll
Ratssekretärin:



Sara Schöni

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 200 -

SITZUNG VOM

2. November 2020

Protokoll geprüft:

Datum:

Präsident:
Eric Welter



10.11.20

1. Vizepräsidentin:
Tanja Glanzmann



5.11.2020

2. Vizepräsidentin:
Ruth Schoch



9.11.2020

